

Protokoll

zur 34. Tagung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky am 7. November 2022

Öffentlicher Teil

Tagungsleitung:	Frau Uhlemann, Oberbürgermeisterin	
Teilnehmer:	Herr Barthel	- Stadtrat
	Herr Beinlich	- Stadtrat
	Herr Gothan	- Stadtrat
	Herr Gottschling	- Stadtrat
	Herr Halke	- Stadtrat
	Herr Konschak	- Stadtrat
	Herr Kagelmann	- Stadtrat
	Herr Menzel	- Stadtrat
	Herr Mrusek	- Stadtrat
	Herr Neudeck	- Stadtrat (ab 19:06 Uhr)
	Herr Schulze	- Stadtrat
	Herr Schuster	- Stadtrat
	Herr Simmank	- Stadtrat
	Herr Wolff	- Stadtrat
Es fehlen entschuldigt:	Herr Prause-Kosubek	- Stadtrat
	Herr Polossek	- Stadtrat
Mitarbeiter/innen der Verwaltung:	Frau Barth	- FB ZD, SG Finanzen
	Frau Mütze	- FB TD, SGL GLV
	Frau Giesel	- FBL TD
	Frau Seidel	- FB TD, Bauverwaltung
	Herr Bachmann	- FB TD, SGL Tiefbauverwaltung
	Frau Woite	- FB TD, SG Tiefbauverwaltung
Gäste:	siehe Anlage	
Protokollantin:	Frau Baumann	
Ort:	Bürgerhaus, großer Saal	
Beginn:	18:04 Uhr	
Ende:	21:12 Uhr	
Tagesordnung:	laut Einladung	

Gefasste Beschlüsse:

Beschluss Nr. 58 / 2022
Mittelverwendung Spendenkonto Ukraine-Hilfe
Abstimmung 14/0/1

Beschluss Nr. 61 / 2022
2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Schmutzwassergebühren in der Stadt Niesky (Schmutzwassergebührensatzung) vom 08.11.2016
Abstimmung 14/1/0

Beschluss Nr. 62 / 2022
Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Forstbetrieb Stannewisch“
Abstimmung 13/0/2

Beschluss Nr. 63 / 2022
Beschluss zur abschließenden Einstellung des Bauleitverfahrens für den Bebauungsplan „Wohngebiet Christophstraße“ (Einstellungsbeschluss)
Abstimmung 14/0/1

Beschluss Nr. 64 / 2022
Grundsatzbeschluss zum Bauvorhaben Ersatzneubau Sporthalle „Rosenhalle“
Abstimmung 14/0/1

TOP 1

Eröffnung der Sitzung

Frau Uhlemann eröffnet die 34. Tagung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky und begrüßt die anwesenden Stadträte, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung.

TOP 1.1

Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung und der Protokolle der letzten Sitzungen

Herr Prause-Kosubek und Herr Polossek fehlen entschuldigt, Herr Neudeck erscheint gegen 19:06 Uhr. Der Stadtrat ist beschlussfähig.

Die Tagesordnung ist den Stadträten fristgerecht mit der Einladung zugegangen und wird ohne Anmerkungen bestätigt. TOP 4 wird vor TOP 3 behandelt.

Das Protokoll des öffentlichen Teils der 31. Tagung liegt unterschrieben von den Stadträten Polossek und Prause-Kosubek vor. Es wird ohne Anmerkungen bestätigt.

TOP 1.2

Bekanntgabe von Beschlüssen

Aus dem nichtöffentlichen Teil der 33. Tagung des Stadtrates ist kein Beschluss bekanntzugeben, jedoch die Besetzung der Fachbereichsleitung für Zentrale Dienste, Ordnung, Kultur und Sport beschlossen. Die Wahl fiel auf Herrn Eric Girbig, welcher die Stelle zum 1. Januar 2023 antreten wird.

TOP 2

Servicezeiten der Sparkasse

Frau Uhlemann begrüßt Frau Fugmann zu diesem TOP. Diese ist Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien. Frau Fugmann bedankt sich für die Einladung, stellt sich vor und führt in das Thema „Servicezeiten der Sparkasse vor Ort“ ein. Sie informiert unter anderem, dass Niesky eines von sechs Beratungs- und Servicezentren der Sparkasse im Landkreis Görlitz ist. Mit einer Veränderung der Servicezeiten vor Ort und damit einhergehend der Erweiterung der Öffnungszeiten sei auch den Bedürfnissen der Kunden nach einer Öffnung über die Mittagsstunden nachgekommen worden. Problematisch stelle sich nach einer Änderung jedoch die Annahme von Bargeld und die Ausgabe von Münzen dar. Sie erläutert die Ursache für die Entscheidung, die Bargeldversorgung für Münzgeld in Niesky einzustellen, hier war insbesondere die Sicherheit der Kasse nicht mehr gewährleistet. Mit Standorten in Weißwasser und Görlitz sei die Ein- und Auszahlung von Münzen jedoch in der Region noch möglich. Um bei der Nutzung der Geldautomaten behilflich zu sein und somit die Bargeldversorgung der Kunden unabhängig vom Münzgeld sicherzustellen, werde in Niesky zu den Öffnungszeiten eine Servicekraft vor Ort sein. Diese könne auch behilflich sein, wenn eine höhere Bargeldsumme über die Automaten ausgezahlt werden soll.

Herr Menzel zeigt sich erfreut über die Beibehaltung des grundsätzlichen Services der Sparkasse in Niesky. Auf seine Frage erklärt Frau Fugmann, dass auch eine Ein- bzw. Auszahlung von Münzen und Münzrollen über Automaten nicht rentabel sei und daher nicht angeboten werde.

Herr Mrusek erfragt die Anzahl der Vorgänge für die Münzein- und auszahlungen im Monat. Diese lägen bei ca. 75 Vorgängen im Monat.

Herr Kagelmann wünscht sich eine schnelle Lösung für Vereine, bei denen mehrere Mitglieder nur gemeinsam auszahlungsberechtigt sind. Sollte keine Auszahlung am Schalter mehr möglich sein, sei deren Versorgung mit Bargeld nicht mehr sichergestellt. Frau Fugmann verweist auf Möglichkeiten zur Satzungsänderung der Vereine und die Nutzung von Online-Banking. Eine Auszahlung über den Schalter sei zukünftig nicht mehr möglich.

Mit Herrn Stein meldet sich ein Bürger zu Wort. Er begrüßt die Vorstellung der Änderungen durch Frau Fugmann und erkundigt sich nach der Vorgehensweise bei der Auszahlung von Bargeld von Sparbüchern.

Herr Schulze fasst den vor Ort angebotenen Service der Sparkasse zusammen. Er erfragt im Namen der Händler, wie diese zukünftig Wechselgeld bereitstellen könnten und kritisiert den Trend zum bargeldlosen und für die Kunden kostenintensiven Verkehr. Diesen sieht er durch das nunmehrige Agieren der Sparkasse verstärkt.

Herr Kagelmann verweist auf den bargeldlosen Verkehr, welcher in den Nachbarländern alltäglich ist, insbesondere die preisintensive Nutzung von Kreditkarten. Er befürchtet steigende Preise vor Ort für diese Dienstleistung. Frau Fugmann sieht dieses Problem nicht, bestätigt aber die allgemeinen Preissteigerungen, welche sich auch auf die Kontoführungsgebühren niederschlagen könnten.

Frau Fugmann bittet bei außerhalb dieser Stadtratstagung auftretenden Fragen um Kontaktaufnahme zu den Mitarbeitern vor Ort. Auch seien direkte Nachfragen bei ihr persönlich möglich. Frau Uhlemann bedankt sich bei Frau Fugmann und begrüßt deren Angebot, zur Durchführung von Veranstaltungen, bei denen viel Münzgeld benötigt wird, zur

Problemlösung ins Gespräch zu kommen.

TOP 4

Berichterstattung Ortschaft(s)Leben 2.0

Frau Uhlemann informiert, dass der TOP 4 an dieser Stelle vorgezogen werde und begrüßt Frau Stibenz, welche das Projekt Ortschaft(s)Leben 2.0 begleitete.

Frau Stibenz erinnert anhand einer den Stadträten vorliegenden Präsentation an das Projekt und stellt die Erfolge der letzten zwei Jahre dar. Diese waren auch geprägt von den Einschränkungen der Corona-Pandemie, welche Teilhabeprojekte wesentlich erschwerten. In den vergangenen zwei Jahren wurden für verschiedene Projekte zusätzliche Fördermittel in Höhe von knapp 170 Tausend Euro akquiriert, auch wurden Einwohnerfragestunden und Veranstaltungen in den Ortschaften durchgeführt. In der Folge stellt sie erfolgreich beantragte und durchgeführte Projekte der einzelnen Ortsteile vor und dankt den beteiligten Einwohnern und Unterstützern. Am Ende ihrer Präsentation gibt sie einen Ausblick auf die kommenden Monate, in welchen es mithilfe eines positiv beschiedenen zusätzlichen Projektes auch über den Zeitraum des Programms Ortschaft(s)Leben 2.0 hinaus möglich sei, die Vernetzung zwischen den Ortsteilen zu verbessern. Dieser Vernetzungsgedanke konnte bisher nicht ausreichend umgesetzt werden.

Herr Mrusek erinnert an den Beginn des Programmes und befürchtet wenig Bleibendes aus dem Projekt. Frau Stibenz verweist darauf, dass bei einigen Projektideen die Umsetzung noch ausstünde. Es wird nochmals der schwierige Prozess der Vernetzung zwischen den Ortschaften angesprochen.

Herr Simmank bedankt sich bei Frau Stibenz für ihren Einsatz und die weitere Akquirierung von Fördermitteln. Er bestätigt die guten Ansätze des Programms, übt jedoch umfassend Kritik an der Stadtverwaltung. So sei deren Unterstützung zu gering ausgefallen und in Anbetracht der Erwartungen empfinde er das Ergebnis als enttäuschend. Frau Uhlemann sichert zu, dass eine Übersicht über die Verwendung der Mittel in der Stadtverwaltung einsehbar sei. Sie berichtet von der Einbeziehung verschiedenster Sachbereiche in die einzelnen Projekte in den Ortschaften und verdeutlicht ihren Eindruck, dass eine Zusammenführung von Stadt und Ortsteilen angeschoben wurde. Ziel sei es nun, eine stete Ansprechbarkeit für die Belange der Ortsteile zu generieren. Dies gehe mit der Umstrukturierung der Stadtverwaltung einher und sei eine nun anzugehende Aufgabe. Durch bestehende und sich verändernde Rahmenbedingungen sei es mitunter nötig, Anpassungen in der Planung vorzunehmen und Projektanträge anzupassen.

Herr Kagelmann fragt nach dem Stand der Umsetzung der bewilligten Projekte und die einzusetzenden Eigenmittel. Frau Uhlemann informiert, dass die Mittel des Programms Ortschaft(s)Leben 2.0 als Eigenmittel für andere Projektanträge eingesetzt wurden.

Sie dankt Frau Stibenz für die Vorstellung der Ergebnisse und ihre Arbeit für die Ortschaften.

TOP 3

Berichterstattung zu den Thementagen im Programm „Jugend entscheidet“

Frau Uhlemann führt in diesen TOP ein und erinnert an die erfolgreiche Bewerbung der Stadt für die Teilnahme am Programm „Jugend entscheidet“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Frau Baumann informiert über die Arbeit der letzten Monate. Mit den sogenannten Thementagen wurde nun ein wesentlicher Baustein auf dem Weg zu mehr Jugendbeteiligung in der

Stadt erreicht und durchgeführt. Nach einer umfangreichen Werbung in den weiterführenden Schulen konnten 39 Jugendliche zur Teilnahme gewonnen werden, welche sich im Verlauf von zwei Tagen mit den verschiedenen Entscheidungsmöglichkeiten einer Kommune auseinandersetzten, ihre Ideen für die Stadt formulierten und diskutierten; drei Fraktionen bildeten und einen fiktiven Stadtrat abhielten. In diesem wurde über die verschiedenen Anträge der drei Fraktionen weiterdiskutiert und abgestimmt.

Herr Neudeck kommt während dieses TOP gegen 19:06 zur Tagung.

Mit der Emilia Rackel und Max Poller sind zwei Teilnehmende vor Ort. Sie stellen die Inhalte der Thementage, die drei Fraktionen und die neun Anträge der Jugendlichen, welche in den zwei Tagen entwickelt wurden, vor:

- Mehr Ordnung und Bänke am Busbahnhof
- Wiederherstellung des Beachvolleyballplatzes am H.O.L.Z.
- Einrichtung eines Tierheimes in Niesky
- Aufstellen eines Basketballkorbs und einer Solarlampe am „Fußballkäfig“
- Einrichtung eines Angebotes für E-Sports an den Schulen
- Unterstützung des H.O.L.Z., um dort mehr Veranstaltungen zu ermöglichen
- Ausbau des ÖPNV-Schülerverkehrs und Herrichtung der Haltestellen
- Aufstellen einer Zapfsäule und eines Snackautomaten am Zinzendorfplatz
- Graffitiwand und sozialer Treffpunkt für die Jugend im Bahnhofsgebäude

Die Tage gaben Einblick in die Aufgaben der Kommunalpolitik. Der Wunsch nach Beteiligung der Jugendlichen ist in den zwei Tagen deutlich geworden und sollte gestärkt werden. Frau Baumann sieht, dass dies Grundlage für die weitere Arbeit und die weitere Beteiligung der Jugendlichen in städtische Entscheidungsprozesse sein sollte. Welches Gremium zukünftig dafür gebildet wird, muss in einem gemeinsamen Prozess mit den Jugendlichen erarbeitet werden. Das kommunale Team wird sich zudem weiter mit den Anträgen der Jugendlichen auseinandersetzen und plant, in die nächste Tagung des Stadtrates Anträge der Jugendlichen als Beschlussvorlage einzubringen.

Herr Simmank lobt die bisherige Arbeit zur Jugendbeteiligung und bedankt sich für das Engagement der Jugendlichen.

Herr Menzel empfindet die jugendlichen Sichtweisen als bereichernd.

Frau Uhlemann freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit den Jugendlichen.

TOP 5

Beschluss Nr. 58 / 2022

Mittelverwendung Spendenkonto Ukraine-Hilfe

Frau Uhlemann erinnert an den Beschluss Nr. 37 / 2022, mit welchem der Stadtrat sich für das Annehmen von Spenden zur Unterstützung der Arbeit mit Flüchtlingen und Vertriebenen aussprach. Der hier vorliegende Beschlussentwurf befasst sich mit der Verwendung der bisher eingegangenen Spenden.

Herr Girbig erläutert die Grundlage für diesen Beschluss. Frau Uhlemann informiert zudem, dass der hier zu bezuschussende Sprachkurs der erste in Niesky sei. Unter anderem mit zunehmender Integration sei der Bedarf an Sprachkursen gestiegen, nun konnte nach langem Suchen eine zertifizierte Lehrerin für den Unterricht gewonnen werden. Mit dem Zuschuss kann die Stadt den Eigenanteil der Schüler übernehmen.

Frau Uhlemann fordert die Stadträte zur Beschlussfassung auf.

Die Abstimmung zum Beschluss Nr. 58 / 2022 erfolgt mit 14/0/1 Stimmen.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt die Bezuschussung des Sprachkurses in Niesky, durchgeführt durch die Volkshochschule Dreiländereck, in Höhe von 400 €.

TOP 6

Abwasserkalkulation

Herr Ludwig, Geschäftsführer der Stadtwerke Niesky GmbH erinnert zu Beginn dieses TOP an die Notwendigkeit, die Kalkulation für den Aufgabenbereich der Schmutzwasserbeseitigung regelmäßig, hier habe man sich für einen Dreijahreszeitraum entschieden, zu berechnen, vorzustellen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Er verweist auf den den Stadträten vorliegenden Beschlussentwurf Nr. 59 / 2022 einschließlich der umfangreichen Anlagen. Der Beschluss sei Grundlage für den Entsorgungsvertrag zwischen Stadt und Stadtwerken. Aufgrund der Regelungen des Kommunalabgabengesetzes müssen die Gebühren für das Abwasser regelmäßig neu kalkuliert werden, um sachgerechte Gebühren zu erheben, welche dem tatsächlichen Aufwand der Schmutzwasserbeseitigung entsprechen. In die den Stadträten vorliegende Kalkulation seien Steigerungen, insbesondere im Bereich der Energie-, Heiz- und Personalkosten eingeflossen. Herr Ludwig stellt anhand des den Stadträten vorliegenden Preisblattes weitere Details der Kalkulation vor, welche Grundlage für die Entgeltberechnung sind, benennt den maßgeblichen Kostenanteil der fixen Kosten an den Gesamtkosten. Mit der Anrechnung der Kosten für die Schmutzwasserbeseitigung von nicht an die öffentliche Abwasserversorgung angeschlossenen Anrainern und kalkulierten Einnahmen durch diese ergäbe sich hier eine geringfügige Erhöhung der Schmutzwasserentsorgung für die dezentrale Versorgung.

Aufbauend auf den Berechnungen der Stadtwerke für die Schmutzwasserentsorgung werden die Gebühren für Schmutzwasser kalkuliert. Frau Woite erläutert anhand einer Präsentation umfangreich die Kostenüberdeckung aus dem zugrundeliegenden Kalkulationszeitraum, welche in die vorliegende Berechnung einfließen. In der Folge stellt sie die Kostenträgerrechnung detailliert dar. Aus den Berechnungen ergäbe sich schlussendlich eine geringfügige Erhöhung der Schmutzwassergebühren für die Nutzer einer dezentralen Entsorgung.

Auf Frage Herrn Menzels erklärt Herr Ludwig, dass die vorliegende Kalkulation sachgerecht sei, auch wenn die allgemeinen Kostensteigerungen, beispielsweise im Bereich der Energieversorgung, schwer abzuschätzen seien.

In diesem Zusammenhang verweist Herr Menzel auf die vermutete Ursache der regelmäßigen Geruchsbelästigungen im Bereich der Molkerei. Diese seien insbesondere in der Nähe des Bahnhofes spürbar. Herr Ludwig berichtet von regelmäßigen Gesprächen mit Vertretern der Molkerei und deren Bemühungen, dem Problem Herr zu werden. Ihm lägen aktuell keine Beschwerden zur Geruchsbelästigung vor, es werde jedoch weiter an der Problemlösung gearbeitet.

Herr Simmank bedankt sich für die umfangreiche Zuarbeit zu diesem TOP. Er sieht einerseits die Preissteigerungen im Energiebereich, benennt aber auch die Kostenüberdeckung des vergangenen Kalkulationszeitraumes. Er wünscht sich hier mit einem Festhalten an den bisherigen Gebühren eine politische Entscheidung gegen den Trend allgemeiner Preissteigerungen. Frau Uhlemann verweist auf die gesetzliche Notwendigkeit der Stadt, Gebühren sachgerecht zu kalkulieren, mit diesen für die zugrunde liegende Leistung weder Gewinn

noch Verlust zu machen. Ein Verzicht auf eine Erhöhung zu diesem Zeitpunkt bedinge später wahrscheinlich einen größeren Preissprung der Gebühren. Herr Ludwig ergänzt, dass die geplante Erhöhung der Gebühren ca. 19 Euro pro Haushalt für den gesamten nächsten Dreijahreszeitraum ausmachen werde. Demgegenüber stünde eine Belastung des städtischen Haushaltes von weit über 300 Tausend Euro.

Herr Mrusek befürwortet die für den einzelnen Haushalt gering ausfallende Erhöhung und das angewandte Solidarprinzip zwischen Nutzern der zentralen und dezentralen Entsorgung. Zudem thematisiert er die schwierige Situation bei der Beschaffung von Ersatzteilen.

Herr Konschak begrüßt ebenfalls die vorliegende Gebührenerhöhung. Er empfindet diese als moderat und lehnt einen Verzicht auf diese Erhöhung ab. Er begrüßt das Solidarprinzip, das es ermöglicht, die Anwohner, welche nicht an das öffentliche Abwassernetz angeschlossen sind, nicht übermäßig zu belasten.

6.1 Beschluss Nr. 59 / 2022

Anpassung des Entsorgungsvertrages mit der Stadtwerke Niesky GmbH für den Aufgabenbereich der Schmutzwasserbeseitigung im Kalkulationszeitraum 2023 bis 2025

Der vorliegende Beschlussentwurf verweist infolge eines Schreibfehlers auf einen falschen Kalkulationszeitraum. Hier sollte es korrekterweise heißen: „Anpassung des Entsorgungsvertrages mit der Stadtwerke Niesky GmbH für den Aufgabenbereich der Schmutzwasserbeseitigung im Kalkulationszeitraum 2023 bis 2025“.

Frau Uhlemann bittet die Stadträte um Abstimmung, den Beschluss entsprechend zu ändern. Die Änderung wird mit 15/0/0 Stimmen bestätigt.

Frau Uhlemann fordert die Stadträte zur Beschlussfassung auf.

Die Abstimmung zum Beschluss Nr. 59 / 2022 erfolgt mit 14/1/0 Stimmen.

Beschlussfassung 14 / 1 / 0 eine Gegenstimme

1. *Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky bestätigt das Betreiberentgelt gemäß dem zum Beschluss beigefügten Preisblatt Anlage A für den Kalkulationszeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2025.*

Das Preisblatt wird Bestandteil des Entsorgungsvertrages zwischen der Großen Kreisstadt Niesky und der Stadtwerke Niesky GmbH für den Aufgabenbereich der Schmutzwasserentsorgung.

2. *Der Stadtrat bestätigt die lineare Verzinsung des Anlagekapitals für den Kalkulationszeitraum 2023 bis 2025 mit einem Zinssatz in Höhe von 4,5%.*
3. *Der Stadtrat beschließt in diesem Zusammenhang die Änderung des Wortlautes des § 12 Abs. 3 des Entsorgungsvertrages, welcher die Vergütung regelt. Hier ist zukünftig folgende Formulierung enthalten:*

„Das Betreiberentgelt gemäß Preisblatt Anlage A -Stand 20.10.2022- gilt ab dem 01.01.2023 zunächst für den Kalkulationszeitraum 2023 bis 2025.“

Der bisherige Text: „Das Betreiberentgelt gemäß Preisblatt Anlage A Stand 25.09.2019 - gilt ab 01. 01. 2020 und zunächst für den Kalkulationszeitraum 2020 bis 2022“ wird gestrichen.

4. *Der Stadtrat beschließt weiterhin die Änderung des Wortlautes des § 12 Abs. 6 des Entsorgungsvertrages, welcher die Unterstützung der Stadt hinsichtlich Überwachung Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben regelt. Hier ist zukünftig folgende Formulierung enthalten:*

„Die Anlage B — Abrechnungspreise hinsichtlich Überwachung Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben — Stand 25.10.2022 — ist ab 01.01.2023 zunächst für den Kalkulationszeitraum 2023 bis 2025 Grundlage für die Abrechnung.“

Der bisherige Text: „Die Anlage B — Abrechnungspreise hinsichtlich Überwachung Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben — Stand 22.10.2019 — ist ab 01.01.2020 Grundlage für die Abrechnung“ wird gestrichen.

6.2

Beschluss Nr. 60 / 2022

Bestätigung der Kalkulation von Schmutzwassergebühren für den Erhebungszeitraum 2023 bis 2025

Frau Uhlemann fordert die Stadträte zur Beschlussfassung auf.

Die Abstimmung zum Beschluss Nr. 60 / 2022 erfolgt mit 15/0/0 Stimmen.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky bestätigt die Kalkulation für Schmutzwassergebühren für den Erhebungszeitraum 2023 bis 2025 in der Fassung vom 20.10.2022 sowie die dazugehörigen Festlegungen und Berechnungsmethoden lt. Anlage.

6.3

Beschluss Nr. 61 / 2022

2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Schmutzwassergebühren in der Stadt Niesky (Schmutzwassergebührensatzung) vom 08.11.2016

Frau Uhlemann fordert die Stadträte zur Beschlussfassung auf.

Die Abstimmung zum Beschluss Nr. 61 / 2022 erfolgt mit 14/1/0 Stimmen.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Schmutzwassergebühren in der Stadt Niesky (Schmutzwassergebührensatzung) vom 08.11.2016.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Änderung der Schmutzwassergebührensatzung bekanntzugeben.

TOP 7

Beschluss Nr. 62 / 2022

Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Forstbetrieb Stannewisch“

Frau Giesel stellt die Notwendigkeit privat initiiertter Bebauungspläne für bestimmte Bauvorhaben dar. Mit dem Beschluss Nr. 58 / 2012 über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Forstbetrieb Stannewisch“ eröffnete der Stadtrat dem Antragsteller diese Möglichkeit. Trotz mehrfacher Aufforderungen durch die Verwaltung hat dieser jedoch keine weiteren Verfahrensschritte eingeleitet. Zur Klarstellung der Situation werde empfohlen, das Verfahren förmlich durch den vorliegenden Beschluss zu beenden.

Da keine Fragen vorliegen, fordert Frau Uhlemann die Stadträte zur Beschlussfassung auf.

Die Abstimmung zum Beschluss Nr. 62 / 2022 erfolgt mit 13/0/2 Stimmen.

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt die Einstellung des Bauleitplanverfahrens „Forstbetrieb Stannewisch“.*
- 2. Der Beschluss Nr. 58 / 2022 vom 03.12.2012 über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Forstbetrieb Stannewisch“ und zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange wird aufgehoben.*
- 3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.*
- 4. Die Aufhebung tritt am Tage der Bekanntmachung in Kraft.*

TOP 8

Beschluss Nr. 63 / 2022

Beschluss zur abschließenden Einstellung des Bauleitverfahrens für den Bebauungsplan „Wohngebiet Christophstraße“ (Einstellungsbeschluss)

Auch hier wurde das Verfahren zum Bebauungsplan durch einen privaten Investor initiiert. Mit dem Bebauungsplan sollte die noch nicht erschlossene Fläche des ehemaligen Flurstückes 77 zur Errichtung von Einfamilienhäusern beplant werden. Nach der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und dem erfolgten Abwägungsbeschluss durch den Stadtrat am 02.12.2002 wurden die Flurstücke rechtmäßig bebaut, somit ist das Ziel des Bebauungsplanes bereits erreicht. Nach Absprache mit der Rechtsaufsichtsbehörde kann daher das Bauleitverfahren eingestellt werden.

Herr Simmank äußert seine Verwunderung über diesen Verfahrensgang.

Frau Uhlemann fordert die Stadträte zur Beschlussfassung auf.

Die Abstimmung zum Beschluss Nr. 63 / 2022 erfolgt mit 14/0/1 Stimmen.

- 1. Das Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan „Wohngebiet Christophstraße“, Gemarkung Niesky, Flur 4, Flurstücke 77/1, 77/2, 77/3, 77/4, 77/5, 77/6, 77/7, 77/8, 77/9 und 77/10 wird abschließend eingestellt.*
- 2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Beschluss ortsüblich bekannt zu machen.*
- 3. Die Einstellung tritt am Tage der Bekanntmachung in Kraft.*

TOP 9

Beschluss Nr. 64 / 2022

Grundsatzbeschluss zum Bauvorhaben Ersatzneubau Sporthalle „Rosenhalle“

Frau Uhlemann erinnert an umfangreiche Diskussionen im Vorfeld der heutigen Tagung des Stadtrates. Infolge verschiedener Nachfragen und Gespräche wurden die vorliegenden Unterlagen noch durch eine weitere Erläuterung ergänzt, welche den Stadträten auf elektronischem Weg zuging. Frau Uhlemann führt an dieser Stelle zum Werdegang des vorliegenden Beschlusses aus. Grundlage war die Beantragung von Fördermitteln im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ im Jahr 2018. Die Baukosten seien seitdem erheblich gestiegen, eine Anpassung der Finanzierung an dieser Stelle nötig, um den Bau realisieren zu können. Frau Uhlemann stellt das Dilemma dar, in welchem sich die Stadt bei der Grundsatzentscheidung für oder gegen

dieses Bauvorhaben befinde. Sie verweist einerseits auf die vergleichsweise geringe Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt, andererseits beschränke eine hohe Ausgabe an einer Stelle immer die Möglichkeiten, an anderer Stelle zu investieren. Sie stellt die angedachten Lösungsvorschläge für eine Finanzierung, welche im Beschluss verankert sind, vor.

Sie erwähnt, dass die Oberschule Niesky am heutigen Tag erneut zur sportfreundlichsten Oberschule Sachsens erklärt wurde. Zudem sind sehr viele Einwohner der Stadt im Vereinssport engagiert. Dies alles verdeutliche die Bedeutung des Sports für die Stadt und die Stadtgesellschaft. Nach einer Besichtigung der in Bau befindlichen Sporthalle in Herrnhut mit einer Vollholz-Tragkonstruktion zeigt sie sich überzeugt, dass den Preissteigerungen mit einer sorgfältigen Planung begegnet werden könne. Mit einem verstärkten Fokus auf den Holzbau werte man eine Nieskyer Tradition auf. Zudem sei eine Einbindung lokaler Betriebe und potentieller Nutzer Grundlage für eine emotionale und wirtschaftliche Bindung an den Neubau mit einem Mehrwert für die Gesellschaft.

Herr Mrusek erinnert an die umfangreichen Beratungen im Vorfeld dieser Stadtratstagung. Er sieht, dass schnellstmöglich eine Entscheidung getroffen werden muss, auch wenn dies nicht einfach sei.

Herr Korschak thematisiert die Sportstättenbilanz aus dem Jahr 2019, bei der die Rosenhalle eine sehr schlechte Bewertung erhielt. Ein Neubau sei die logische Folge. Mit den Problemen infolge der stark steigenden Baupreise sei nun sorgfältig umzugehen. Er betont die gesellschaftliche Bedeutung des Sportes und des Holzbaus für die Stadt. Die Fraktion DIE LINKE/SPD spricht sich trotz der finanziellen Belastung des Haushaltes für ein Festhalten an der Planung und für diesem Beschluss aus.

Herr Kagelmann sieht die Sporthalle an der Bahnhofstraße ebenfalls als nutzbar für den Wettkampfsport an und betont die Bedeutung des Sportes für die Stadt. Im Land Sachsen läge Niesky mit 25 % in Sportvereinen organisierten Einwohnern statistisch an erster Stelle.

Herr Menzel erinnert seinerseits ebenfalls an umfangreiche Beratungen zu diesem Beschluss. Er spricht sich einerseits für den Neubau und damit den vorliegenden Beschluss aus. Andererseits betont er die Bedeutung der Transparenz für das Projekt und bittet demzufolge um eine regelmäßige Berichterstattung über den Bau und dessen Finanzierung.

Auf Frage Herrn Beinlichs erläutert Frau Uhlemann die Förderstrategie, welcher der Grundsatzbeschluss zugrunde liegt, ausführlicher. Die Stadt und damit die Stadträte können jedoch erst im November nächsten Jahres mit einer klaren Aussage zur Förderhöhe rechnen. Schlechtestenfalls müsse man mit der Notwendigkeit, 2,6 Millionen Euro Eigenmittel aufzubringen rechnen. Dies ist nur über die Aufnahme eines Kredites möglich.

Herr Mrusek geht auf die Unsicherheit, mit welcher die Finanzierung der Baumaßnahme verbunden ist, ein.

Frau Uhlemann verweist auf andere zunehmende Unsicherheiten, welche mit der aktuellen Situation, zum Beispiel bei der Energiepreisentwicklung, einhergehen. Diese werden zukünftig Einfluss auf die Arbeit in der Stadt haben. Hier müsse unabhängig davon jedoch eine Entscheidung getroffen werden, um die Richtung des Handelns zu bestimmen.

Herr Simmank erachtet die Neuerrichtung der Sporthalle als notwendig, das Finanzierungskonzept beruhe jedoch auf Hoffnung. Er kritisiert die Finanzausstattung der Kommunen und sieht daher Akteure außerhalb der Stadt in der Pflicht zu handeln. Er äußert seine

Befürchtungen bezüglich anderer notwendiger Maßnahmen, welche in den nächsten Jahren mit der Entscheidung für diesen Neubau zurückgestellt werden müssten.

Frau Uhlemann berichtet von Gesprächen mit Entscheidungsträgern außerhalb Nieskys und von der letzten Sitzung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages. Sie sichert zu, an der Minimierung der finanziellen Risiken zu arbeiten und regelmäßig über den Stand des Baus und die Finanzierung zu informieren.

Sie fasst Einzelheiten des Beschlusses nochmals zusammen: Festhalten an der Zweifelderhalle, Bundesmittel werden in voller Höhe in Anspruch genommen, weitere Mittel werden aus dem Programm SOP beantragt, einschließlich der zusätzlichen Landesmittel für finanzschwache Kommunen. Dabei wird eine zügige Umsetzung des Baus angestrebt.

Frau Uhlemann fordert die Stadträte zur Beschlussfassung auf.

Die Abstimmung zum Beschluss Nr. 64 / 2022 erfolgt mit 14/0/1 Stimmen.

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt zum Bauvorhaben Ersatzneubau Sporthalle „Rosenhalle“:

- 1. Die Sporthalle „Rosenhalle“ wird trotz erheblicher Kostensteigerungen gegenüber dem Jahr der Kostenschätzung 2018 als Ersatzneubau und als Zweifeldhalle geplant und gebaut.*
- 2. Die im Rahmen eines Vorbescheids zugesagten Mittel aus dem Programm zur energetischen „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen werden in voller Höhe in Anspruch genommen.*
- 3. Die restlichen Mittel zur auskömmlichen Finanzierung des Vorhabens Ersatzneubau Rosenhalle sollen aus dem Förderprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (SOP)/Lebendige Zentren (LZP) heraus beantragt werden. Zudem ist ein Antrag auf Ersatz des kommunalen Eigenanteils über Landesmittel zu stellen, um einen 90%igen Fördersatz zu ermöglichen.*
- 4. Um auch die anderen in diesem Förderprogramm geplanten Maßnahmen möglich zu machen, sollen die entsprechenden Mehrbedarfe bei den jährlichen Fortsetzungsanträgen gegenüber dem Fördermittelgeber angezeigt und beantragt werden.*
- 5. Alle Möglichkeiten eines schnellen Baubeginns und einer zügigen Baudurchführung des Ersatzneubaus Rosenhalle durch z. B. Beantragung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns für das Gesamtvorhaben oder Teile des Vorhabens oder die Gliederung in Teilbauschnitte und Beantragung von Teilbaugenehmigungen sollen konsequent ausgeschöpft werden.*

TOP 10

Grundstücksangelegenheiten

Es liegen keine Grundstücksangelegenheiten vor.

TOP 11

Planungsangelegenheiten

Es liegen keine Planungsangelegenheiten vor.

TOP 12

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Uhlemann informiert über das Entlassungsgesuch des Ortsvorstehers der Ortschaft See Werner Müller und die bereits geplante Neuwahl. Sie erinnert in diesem Zusammenhang, dass Karsten Schanze das Amt des Ortsvorstehers der Ortschaft Stannewisch bereits im Juni nach dem stattgegebenen Entlassungsgesuch Herrn Mirschels übernommen hat.

TOP 13

Anfragen und Anträge der Stadträte

Herr Menzel spricht die bisher provisorische Absperrung der Straße vor der Bibliothek auf der Ostseite des Zinzendorfplatzes an. Der Bürger Herr Stein schlägt vor, ein Geländer vor der Bibliothek anzubringen. Dies schütze die Besucher der Bibliothek und ermögliche dennoch eine Öffnung der Straße für den Kraftverkehr. Herr Mrusek stimmt diesem Vorschlag zu.

Auch Herr Konschak möchte dieses Thema einer Lösung zuführen, sieht hier jedoch eine Zuständigkeit des Technischen Ausschusses.

Herr Bachmann informiert, dass für eine dauerhafte Vollsperrung bereits versenkbare Poller beauftragt worden seien.

Frau Uhlemann verweist auf die Notwendigkeit von Sicherheitsbetrachtungen im Bereich des städtischen Verkehrs, spricht sich jedoch gegen eine Zustellung/Verbauung von Türen und Eingängen aus.

Herr Menzel erkundigt sich nach dem Zustand des Weges von Neu-Kosel nach Sand-schenke und die Möglichkeiten für eine mögliche Verbesserung. Herr Bachmann informiert, dass der Weg eine Gesamtlänge von 2,8 km habe, eine Kostenabwägung zur Verbesserung des jetzigen Zustandes sei dem Technischen Ausschuss bereits vor geraumer Zeit vorgelegt worden. Die Realisierung wurde aufgrund der geringen Nutzung jedoch verworfen. Er sieht diesen Weg als Waldweg und dafür in einem vergleichsweise guten Zustand, daher sei dieser auch für den Kraftverkehr freigegeben.

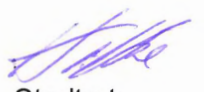
Herr Simmank spricht den Zustand der Straße von Kosel nach Neu-Kosel an. Dies sei bereits bei der Ortsbegehung thematisiert worden.

Der Stand der Planung des Kommunalen Entwicklungsbeirates wird von Herrn Simmank erfragt. Herr Beinlich informiert, dass zurzeit eine Steuerungsgruppe mit der Vorbereitung des Beirates betraut ist. Frau Uhlemann stellt die Aufgaben der Steuerungsgruppe kurz dar. Der einzurichtende Beirat bedarf umfangreicher Vorbereitungen, daher nimmt die Einrichtung dieses Gremiums eine geraume Zeit in Anspruch. Informieren könne man sich auch über kebniesky.blog bzw. bei Frau Baumann, welche als Ansprechpartnerin für den Beirat fungiert.

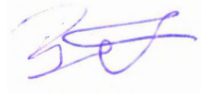
Es liegen keine weiteren Anträge bzw. Anfragen vor. Frau Uhlemann beendet den öffentlichen Teil der Tagung.



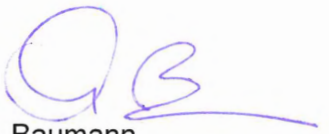
Kathrin Uhlemann
Oberbürgermeisterin



Stadtrat
Halke



Stadtrat
Barthel



Baumann
Protokollantin